

Ä178 Sinnstiftendes Tun, solidarische Ökonomie: Wirtschaft

Antragsteller*in: Martin Kündiger

Text

Von Zeile 950 bis 954:

Mehrere Megatrends wirken sich grundlegend auf Wirtschaft und Gesellschaft aus: Die Digitalisierung auf die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie wir produzieren und konsumieren. Der Klimawandel und das Fördermaximum von fossilen Energieträgern auf die finanzielle und politische Verfügbarkeit dieser. Der demografische Wandel auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Hinzu kommt eine aktuelle Phase der Hochkonjunktur. Grundansatz der Wirtschaftspolitik von Bündnis 90/Die Grünen ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren, ohne zu viel Ressourcen zu verbrauchen oder die Umwelt zu verschmutzen. Wir wollen die Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, dass Produktion und Dienstleistungen in Brandenburg in Zukunft ökologischer, solidarischer, digitaler, kommunikativer, vernetzter und flexibler werden. Gründer*innen sind häufig die Treiber*innen dieser Transformation, da bestehende Unternehmen ihre Geschäftsmodelle oft nicht so schnell neu ausrichten können oder wollen.

Während die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit vor allem auf Quantität setzte, um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu senken, stehen wir heute vor einem zunehmenden Fachkräftemangel, der/die eine Verschiebung hin zu qualitativer Wirtschaftsförderung verlangt. In Zeiten von Hochkonjunktur und Fachkräftemangel wollen wir deshalb weg von den Investitionszuschüssen und Fördermitteln für Beton, hin zu Strukturen, die Kreativität und Innovation ermöglichen und damit Gründungen induzieren/ermöglichen/vorantreiben! Da nicht jede Idee beim ersten Versuch funktioniert, brauchen wir auch in Brandenburg eine neue fehlertolerante Gründungskultur. Leider stehen die Chancen dafür in Brandenburg derzeit schlecht. Laut KfW-Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist Brandenburg 2017 im 3-Jahres-Vergleich der Bundesländer von Rang 13 auf Rang 15 abgerutscht. Interessant ist dabei der Blick auf die Ergebnisse des Green Economy Gründungsmonitors 2017: Bei den grünen Gründungen weist Brandenburg zwischen 2006 und 2016 die zweithöchste Gründungsintensität aller Bundesländer auf. Dies zeigt, dass Brandenburg als ländlich geprägtes Land/Bundesland mit einer großen Relevanz des Energiesektors gute Bedingungen für Start-Ups mit Schwerpunkten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft & Ernährung und in den erneuerbaren Energien bietet. Die Green Economy fasst in Brandenburger schneller Fuß als andernorts. (siehe auch die Kapitel EE und Landwirtschaft). Einige Standorte haben eine Art Leuchtturmeffekt und locken junge Start-Ups an, wie z.B. Zu nennen sind hier der Digital Hub Potsdam, SAP, der Filmpark Babelsberg und Hennigsdorf als Pilot-Stadt für die FFTH-Technologie (besser ausschreiben) [Leerzeichen](Glasfaser bis ins Gebäude).

Verfehlte Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung schenkt diesen neuen Impulsen wenig Beachtung. Das fortwährende Festhalten an der Braunkohlewirtschaft ist ein prominentes Beispiel für einen innovationsfeindlichen Wirtschaftskonservatismus, der für die Gewinne von heute die Chancen von morgen opfert. Viel zu wenig wird hingegen auf die vielerorts kleinteilig geprägte Wirtschaft unseres Landes eingegangen. Es fehlt eine professionelle und aktivierenden Gründungs- und Innovationsförderung, ein Fokus auf Kreativität und Gründung im Bildungsbereich und eine Strategie gegen den Brain-Drain von High Potentials, (besser Abwanderung von Hochqualifizierten), Akademikern und Fachkräften. Wir treten dafür ein, dass Brandenburg das Image eines innovativen Wirtschaftsraums bekommt.

Ziel einer landesweiten Start-Up- und Innovationspolitik muss es sein, sich nicht nur auf Hochschulstandorte und junge Akademiker*innen zu konzentrieren. Das Potenzial ist auch in anderen Teilen des Landes und beispielsweise im Handwerk hoch. Wir setzen uns für die kostenfreie

Meisterausbildung in Brandenburg ein und wollen, dass auch hier Aspekte der Digitalisierung und der Innovationsförderung stärker Berücksichtigung finden. ~~[Leerzeichen]~~

(absatz)

Viele Untersuchungen zeigen, dass Frauen anders gründen. Deshalb wollen wir Netzwerkstrukturen und Forschung zu Genderaspekten stärker unterstützen. Bestehende Strukturen wie das Unternehmerinnen-Netzwerk in Brandenburg sind wichtig und müssen weiterhin gefördert und unterstützt werden. Die positiven Ansätze im Land wie der Business Plan Wettbewerb, das Gründungsnetz Brandenburg, die Gründungsförderung der Hochschulen und die landesweiten Lotsendienste haben die Wahrnehmung Brandenburgs als Gründerland schon verbessert. Diese Aktivitäten vieler Akteure in Kooperation mit dem Wirtschafts- und mit dem Sozialministerium begrüßen wir ausdrücklich. Sie müssen aber noch effizienter, konzeptionell weiter ausgearbeitet und verstetigt werden. Die Verantwortung von zwei Ministerien ist hierfür eher nicht zielführend und sollte daher beendet werden.

Wir wollen die Wirtschaftspolitik des Landes auch für ~~Social-Entrepreneurship~~ soziales Unternehmertum oder Projekte zur ökologischen Nachhaltigkeit genauso verfügbar machen, wie für gewinn- und wachstumsorientierte Start-Ups beispielsweise aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung. Unsere Wirtschaftsförderpolitik darf deshalb nicht einseitig ökonomisch orientiert sein. Auch für Ideen, die unsere Gemeinschaft stärken oder ökologisch nachhaltig sind, muss in der Wirtschaftsförderung Platz sein.

In Zeile 956:

Potenzielle Gründer*Innen, gerade in den grünen und sozialen Ökonomien, haben eine hohe innere Motivation. Umfragen zeigen, dass sie wissen, der Wille zur Gründung vor einer konkreten Idee da ist. In diesem Moment braucht es Stärkung, Inspiration und Vernetzung, wofür kreative, offene und kulturelle Milieus eine Voraussetzung sind. Auch eine menschenrechtsorientierte und offene Gesellschaftspolitik (humane Asylpolitik, Gleichstellung und aktive Antidiskriminierungspolitik) trägt zu einem attraktiven Standort bei. Unerlässlich für eine erfolgreiche Gründer*innen-Landschaft ist eine gute digitale Infrastruktur mit glasfaserbasiertem Breitbandanschluss. Genauso braucht es eine unbürokratische Verwaltung, die es ermöglicht ~~die meisten Dinge~~ Anträge etc. komplett online abzuwickeln. (siehe Kapitel Digitalisierung).

was noch mit rein könnte:

-solidarische Ökonomie, Genossenschaften